



ALiNa

Altonaer Linke Nachrichten

Liebe Leserin und lieber Leser,

dies ist nun die zweite Ausgabe der Altonaer Nachrichten. Darin berichtet der Hamburger Bundestagsabgeordnete und friedenspolitische Experte der Linken, Jan van Aken, über seinen Besuch der Waffenmesse „Idex“ in Abu Dhabi. Sie ist einer der größten Waffenmessen der Welt. In der Hauptstadt des gleichnamigen Emirats und der Vereinigten Arabischen Emirate finden Herrschende all das, was sie für Unterdrückung, Mord und Krieg benötigen. Rund 1.100 ausstellende Waffenhersteller hatten sich dort im Februar eingefunden. Mit dabei deutsche Firmen wie Rheinmetall und Heckler & Koch. Die deutsche Rüstungsindustrie exportierte im vergangenen Jahr Waffen in Höhe von 5,4 Milliarden Euro, Platz 3 der weltweit größten Waffenlieferanten.

Tod „Made in Germany“! Das macht nicht stolz, sondern furchtbar wütend! Weltweit gibt es mehr als 30 Kriege und Krisenherde mit bewaffneten Konflikten. Da lässt sich vortrefflich verdienen. Warum außerdem deutsche Waffen in Weltregionen gelangen, in die sie nicht geliefert werden dürfen, bleibt wohl das Geheimnis der Bundesregierung. Schließlich rühmt man sich strenger Ausfuhrregelungen. So strikt scheinen sie dann doch nicht zu sein. Menschen weltweit dabei zu helfen, ein würdevolles Leben ohne Gewalt und Existenzängste

führen zu können, wäre allemal besser, als den Tod aus Deutschland zu liefern.

In der ALiNa finden Sie auch viele Berichte über das Geschehen im Bezirk Altona, zum Beispiel über den fehlenden Bücherbus, über Mängel in der Anbindung Lurups und des Osdorfer Borns beim öffentlichen Personennahverkehr, über die Aktion „One Billion Rising“ im weltweiten Kampf der Frauen um Gleichberechtigung oder über die Neue Mitte Altona. Außerdem starten wir mit der Serie „Gute Gründe zur Wahl der Linken“. Heute geht es um die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Außerdem möchten wir in einem Artikel an die Ermordung von drei kurdischen Politikerinnen im Exil am 9. Januar in Paris erinnern. Bis heute wurden die Morde nicht aufgeklärt. Wir hoffen, Ihr und Euer Interesse geweckt zu haben.

Kostenlose HARTZ-IV und Sozialberatung
Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, von 15 bis 18 Uhr
im Büro des Bezirksverbandes DIE LINKE Altona
Am Felde 2 (Hinterhof), 22765 Hamburg
- beim Ottenser Marktplatz -

ALiNa Nr. 2, Jahrgang 2013

In dieser Ausgabe

- Einleitung
- S. 2 Neue Mitte Altona
- S. 3 Waffenmesse in Abu Dhabi
- S. 4 Mord in Paris
- S. 4 Bücherbus für Lurup
- S. 5 One Billion Rising
Gegen Gewalt an Frauen
- S. 6 Zweiklassenjustiz
- S. 6 Sozial- und Rechtsberatung
- S. 7 Ausbeuter und Despot
- S. 8 Gute Gründe für die Wahl der LINKEN - 1
- S. 9 ÖPNV für Osdorfer Born
- S. 12 Nachgedacht
- S. 12 Regelmäßige Termine

UM fair TEILEN
Reichtum besteuern
Aktionstag 13. April

Von Arbeit muss man leben können.
Mindestlohn: per Gesetz!
DIE LINKE.

www.die-linke.de

Zur Neuen Mitte Altona



Mit der "Neuen Mitte Altona" wird das ehemalige Güterbahnhofs- und Holstenbrauerei-Erweiterungsfläche westlich der Harkortstr. bis hin zum S-Bahn-Bogen kurz vor der Kohlentwiete bezeichnet. Ziemlich genau in der Mitte befindet sich das baufällige Viadukt, die auf Stelzen gebaute Quietschkurve für die ICEs und die nach Norden weiterführende Strecke der Regionalbahnen Richtung Niebüll. Das Viadukt und die westlich davon gelegene Fläche befindet sich im Bahnbesitz und wird von der Bahn genutzt, während die zwischen Viadukt und Harkortstr. gelegene Fläche an das ECE, den vom Otto-Versand gesteuerten größten Einkaufszentrumsbetreiber Europas, sowie einen auf den Cayman-Inseln ansässigen Finanzinvestor namens Aurelis verkauft wurde.

■ *Wir fordern: Schluss mit dem Verkauf öffentlicher Flächen und Immobilien, insbesondere von Schulen!*

Diese Fläche wird als erster Bauabschnitt bezeichnet. Hier sollen ca. 1.600 Wohneinheiten, eine Schule und eine Grünanlage entstehen. Außerdem sollen die ebenfalls auf dieser Fläche befindlichen unter Denkmalschutz stehenden ehemaligen Güterabfertigungshallen nordwestlich vom Lessingtunnel für Einzelhandel und Gewerbe bereitgestellt und mehrgeschossig überbaut werden.

Der zweite Bauabschnitt bezeichnet das jetzt noch von der Bahn genutzte Gelände westlich des Viadukts, wo weitere 2.000 Wohneinheiten entstehen sollen, sofern die Bahn nach einer Schließung des Altonaer Fern- und Regionalbahnhofs an seinem jetzigen Standort die Fläche freigibt und verkauft. Gegenwärtiger Stand ist der, dass die Bahn ein Gutachten über die Kosten einer Bahnhofs-Standortsverlegung bzw. Schließung in Auftrag gegeben hat und Ende 2013 nach Vorlage dieses Gutachtens entscheiden will, was sie künftig zu tun gedenkt.

Da der Hamburger Senat unter von Beust wie unter Scholz der Ansicht war und ist, dass dieses nach der Hafencity größte Hamburger Bauprojekt planerisch nicht im Bezirk Altona entwickelt werden könne, wurde es zu einem sog. (Senats)-Vorbehaltsgebiet erklärt und untersteht seither der BSU, der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt - unter dem vorigen Senat der grünen Senatorin Hajduk, jetzt der SPD-Sena-

torin Blankau. Da dies in Altona sowohl bei der Politik als auch in der Verwaltung und vor allem bei der Bevölkerung auf Empörung stieß, beschloss man, in einem sog. kooperativen Verfahren Altona einzubeziehen. Auf der Ebene von Politik und Verwaltung bedeutet dies, dass die BSU die Altonaer Bezirks-Gremien ungefähr 5 Minuten vor der Presse von ihren Entscheidungen informiert. Für die Öffentlichkeit wurde eine aufwändig moderierte Beteiligung organisiert, die in ein bei Versammlungen gewähltes 40köpfiges Koordinierungsgremium mündete, das seit Mitte 2011 Hunderte Vorschläge, Wünsche und Anregungen bezüglich der künftigen Bebauung bei unzähligen Workshops sammelte und der BSU übergab. Nachdem zunächst die Hälfte dieser Anregungen auf wunderbare Weise verschwanden, wurden sie dann doch wieder hervorgeholt und in einer farbigen Broschüre dargestellt - allerdings ohne die geringsten Auswirkungen

auf den Fortgang der Planungen. Die daraufhin erhobene Moratoriums-Forderung des Koordinierungsgremiums, also eines einstweiligen Planungsstopps, wurde seitens der BSU nicht berücksichtigt.

Zwischenzeitlich gab es einen von der BSU mit internationaler Beteiligung organisierten hochbaulichen Architektur-Wettbewerb, der sich auf beide Bauabschnitte bezog, aber so angelegt war, dass man ihn notfalls auch nur im ersten realisieren könnte, sofern die Bahn sich entgegen aller bisherigen Andeutungen letztlich doch nicht zur Aufgabe des jetzigen Altonaer Bahnhofs entschließen könne.

Parallel dazu haben die Finanzbehörde und die Schulbehörde unter dem Beifall der Altonaer Mehrheitsparteien beschlossen, das Gelände der Kurt-Tucholsky-Stadteilschule an der Eckernförderstr. zu verkaufen und als Schule in das Gebiet des ersten Bauabschnitts an der Harkortstr. zu verlegen. Dies wird besonders von der SPD gewünscht, während die Grünen sich enthalten haben, wodurch der Beschluss allerdings wirksam wurde, während CDU und FDP grundsätzlich auch zustimmten, aber Bedenken wegen des Zeitpunkts hatten.

Soviel zum Sachverhalt.

Aus der Sicht Der Linken wollen wir das nun wie folgt bewerten:

Nach der Wende wurde die westdeutsche Bundesbahn mit der ostdeutschen Reichsbahn zusammengeführt und in die privatwirtschaftlich organisierte Deutsche Bahn AG umgewandelt. Obwohl ihr einziger Aktionär der Bund ist, wird seither behauptet, der Staat und das Land hätten keinerlei Einfluss auf die Entscheidungen der Bahn bzw. deren Chefs, zunächst Mehdorn, jetzt Grube. Das allein ist schon völlig absurd. Schlimmer allerdings ist der Umstand, dass die Bahn nach ihrer im Kaiserreich in den 1880er Jahren gegen Entschädigung erfolgten Verstaatlichung die jetzt von ihr zu Spekulationszwecken missbrauchten Grundstücke von der damaligen Stadt Altona zum Betrieb öffentlicher Personen- und Güterbeförderung kostenlos zur Verfügung gestellt bekam. Dass nunmehr die Stilllegung erst des Güterbahnhofs und nun womöglich auch noch des Fern- und Regionalbahnhofs von einem Bahnvorstand auf betriebswirtschaftlicher Basis - also hinsichtlich der Renditeerwartung - entschieden können werden soll, ist ungeheuerlich. Weder werden die Bedürfnisse der Reisenden und Pendler berücksichtigt, noch wird die städtebauliche Bedeutung des durch den Bahnhof geprägten Zentrums der ehemaligen selbständigen Großstadt Altona mit ihren 260.000 Einwohnern berücksichtigt.

■ *Natürlich wollen auch wir Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung der seit 1994 vor sich hingammelnden Brache sowie der verfallenden historischen Güterabfertigungshallen.*

Wünsche aus der Bevölkerung nach Beibehaltung des jetzigen Bahnhofs-Standortes und Vorschläge, die ICE-Trasse auf dem baufälligen Viadukt weiter nach Westen mit dem S-Bahn-Bogen

zusammenzulegen, werden von der Bahn grundsätzlich nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen werden einsame Beschlüsse gefasst wie der Verkauf des riesigen stadteilprägenden Bahndirektions-Komplexes am Busbahnhof an den in Altona berüchtigten Finanzinvestor DWI.

Dass auch dieses Grundstück der Bahn in den 1890er Jahren kostenlos überlassen wurde und dass die heutige Altonaer Bevölkerung den gewaltigen Gebäudekomplex in zentraler Lage vielleicht lieber für andere Zwecke weitergenutzt hätte, als dass ein Finanzin-

vestor darüber entscheidet, interessiert die Bahn einen Scheißdreck, und ihrem Eigentümer, dem Volk, vertreten durch den Staat, sind leider die Hände gebunden, weil es um rein betriebswirtschaftliche Entscheidungen geht, die der Bahnvorstand beschließt. In der Talg-Show würde man vielleicht verwundert fragen: geht's noch?

■ *Wir fordern eine Mietpreisdeckelung von 7 Euro/qm, wie sie gegenwärtig in Wien angestrebt wird.*

Für die Bebauung und Begrünung des ganzen Komplexes hat die Entscheidung der Bahn eine große Bedeutung. Zum einen befindet sich der größere Teil der gesamten zugesagten Grünfläche im zweiten Bauabschnitt, der vielleicht nie realisiert wird. Zum anderen ist es schon sehr merkwürdig, dass eine Wohnbebauung im hochbaulichen Wettbewerb geplant und preisgekrönt wird, ohne dass man weiss, ob sie dann dauerhaft direkt neben einer ICE-Trasse liegen wird. Stichwort Quietschkurve. Natürlich wird das verlangte Drittel öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaus sowieso dort stattfinden, aber interessant ist es schon, dass die BSU jetzt einen Bebauungsplan aufstellen und feststellen lassen will, der laut Baugesetz u.a. Lärmgutachten voraussetzt, ohne überhaupt zu wissen, was aus der unmittelbar angrenzenden Bahntrasse wird. Ähnlich sieht es mit der Verkehrsbelastung der Harkortstr. auf der östlichen Seite dieses ersten Bauabschnitts aus, wenn nach der IKEA-Eröffnung im Sommer 2014 die meisten der motorisierten Besucherströme aus dem Nordwesten sich über die Harkortstr. gen Altona-Altstadt bewegen werden.

■ *Wir fordern mehr öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau ohne zeitlich befristete Mietpreisbindung.*

Was die mit Bürgerbeteiligung großartig vorgestellte Grünflächenplanung und -nutzung anlangt, betrachtet Die Linke diese zu einem großen Teil als nicht realisierbar. Die verbliebene, nur noch 1,7 ha. große im ersten Bauabschnitt eingeplante Grünfläche soll gleichzeitig neben ihrer Funktion zur Oberflächenentwässerung als Schulaußenfläche und als Spielplatz- und öffentliche Grünfläche mit Hunderauslauf genutzt werden, was allein schon aus Aufsichts- und Haftungsgründen nicht möglich ist. Mal abgesehen davon, dass die Mehrfachbelegung einer Grünfläche ihren Erholungswert dermaßen reduziert, dass für die Einzelnutzung kaum etwas übrig bleibt.

Die Verlegung der Stadtteilschule

Kurt-Tucholsky mit ihren 800-900 Schülern in die neu zu schaffende Schule im ersten Bauabschnitt an der Harkortstr. die für 1.100. - 1.200 Schüler ausgelegt ist, erscheint abenteuerlich, wenn man die in diesem Bauabschnitt geplanten 1.600 Wohneinheiten berücksichtigt, aus denen heraus sich fraglos eine zusätzliche Schülerzahl von abermals 800-900

Schülern generieren würde, da in Neubaquartieren überwiegend jüngere Familien mit Kindern im schulpflichtigen Alter einziehen. Die vom Flächenschnitt ohnehin sehr klein ausgelegte neue Schule (z.B. im Vergleich mit dem Gelände der Haubachstr.-Schule) kann nach Ansicht Der Linken die so aufkommende Schülerzahlen nicht fassen. Obwohl die Schulbehörde dies auch bei öffentlichen Veranstaltungen leugnet, plant sie die Erweiterung der 3zünftig ausgelegten Gymnasien an der Max-Brauer-Allee und am Hohenzollern-Ring über eine 4zügige Zwischenstufe auf eine 6zügigkeit (also 6 Parallelklassen in allen Jahrgängen). Da beide Schulen noch dazu unter der Bedingung der Einführung der Ganztagschule diese Anforderungen in ihren Bestands-Gebäuden nicht unterbringen können, wird es auf eine jetzt schon projektierte "maßvolle Nutzung des Grünzuges Goetheallee für die Schulerweiterung" (im Falle des Gymnasiums Allee) hinauslaufen. D.h. Aufstellung von Unterrichts-Containern in öffentlichen Grünanlagen, was - schon jetzt absehbar - auch in der neu zu schaffenden Grünanlage des ersten Bauabschnitts an der Harkortstr. der Fall sein

wird. Die Linke sieht diese heraufziehende Situation als Folge der völlig irrwitzigen Schulschließungen der Kurt-Tucholsky-Schule aber auch der Carsten-Rehder-Schule an, die allein in dem Verkaufserlös der dann als Bauland überplanten Flächen begründet ist. Und da man sich nicht traut, die öffentlichen Grünflächen zu verkaufen, verkauft man die Schulflächen und schiebt die Schulen in die Grünflächen.

Was die Öffentlichkeits- bzw. Bürgerbeteiligung anlangt, die von den BürgerInnen mit extrem großen und zeitaufwändigem ehrenamtlichen Engagement unter Begleitung hochbezahlter Vertreter der BSU und der von ihr bestellten Moderatoren stattfand und teilweise immer noch stattfindet, muss man konzedieren, dass sie für die Katz

war, wie der Volksmund es wohl formulieren würde. Viele Kärtchen an Pin-Wänden, viele bunte Broschüren als Beweis für die Bürgerbeteiligung. Viel Lob dafür von der Presse, von der Politik auf Bürgerschafts- und Bezirksebene sowie von der Verwaltung. Auf der anderen Seite ein ungläublicher Frust, dass das doch alles wieder nur eine einzige Verarschung war.

Was sind nun die Vorstellungen Der Linken?

Natürlich wollen auch wir Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung der seit 1994 vor sich hingammelnden Brache sowie der verfallenden historischen Güterabfertigungshallen.

Wir wollen aber auch die Aufrechterhaltung des Altonaer Bahnhofs-Standorts. Nachdem Altona mit dem Bismarckbad, dem historischen Bahnhof und (fast) dem Museum und dem Theater schon sehr viel Zentrumscharakter verloren hat und zu verlieren droht, fordern wir, dass dieser Prozess nicht weitergehen darf, ohne dass die Bevölkerung zumindest umfassend dazu befragt wird.

Wir wollen eine bunt durchmischte Bebauung durch Baugemeinschaften und Genossenschaften mit öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau ohne zeitlich befristete Mietpreisbindung von mindestens 50% - ohne Eigentumswohnungen.

Für die anrainende Altbauwohnungsbebauung in Altona-Nord fordern wir eine Mietpreisdeckelung von 7 Euro/qm, wie sie gegenwärtig in Wien angestrebt wird.

Wir fordern Schluss des Verkaufs öffentlicher Flächen und Immobilien, insbesondere von Schulen,

Keine schleichende Umnutzung von Grünflächen, keine Außerkraftsetzung von Bebauungsplänen und den ihnen zugrundeliegenden Gutachten und Abwägungen zur Wohn- und Lebensqualität hinsichtlich Lärm, Verschattung, Verkehr, Schadstoffemissionen, Naturschutz und Demokratie, die sich in der verbindlichen Berücksichtigung und Einbeziehung der Öffentlichkeit widerspiegeln muss.

Altona im März 2013

Robert Jarowoy, Vorsitzender der Fraktion der Partei **DIE LINKE** in der Bezirksversammlung Altona

IDEX 2013 – Auf der Waffenmesse in Abu Dhabi



Meine erste Waffenmesse. Der erste Gedanke, der mir hier kommt: Bei anderen Messen werden auch die Endprodukte gezeigt, werden Maschinen so richtig verbrauchernah präsentiert. Auf jeder Industriemesse hängt neben einer Nähmaschine auch ein schönes Kleid. Hier zeigen sie die Toten nicht.

Abu Dhabi, im Februar 2013, die IDEX ist eine der größten Waffenmessen der Welt. Drei Dinge stechen sofort ins Auge: die vielen bunten Uniformen mit haufenweise goldenem Lametta, das breite Spektrum von Waffen zur Aufstandsbekämpfung und drittens: Deutschland ist immer und überall.

Auf der ganze Messe stolpert man über deutsche Waffen. Deutsche Rüstungsfirmen haben hier mit die größte Ausstellungsfläche, laut Ausstellerverzeichnis sind 69 deutsche Firmen hier vertreten, sie haben fast alles im Angebot: Panzer, Gewehre, Raketen, Flugzeuge, U-Boote, Handgranaten, Munition, Tränengas, Schallkanonen... Die Lürssen-Werft ist natürlich auch vertreten, nach jüngsten Pressemeldungen wollen sie gerade Patrouillenboote an die Saudis verkaufen. Und selbst Audi hat hier einen Stand, verkauft gepanzerte Luxuslimousinen. Mercedes Benz sowieso.



Und selbst da, wo nicht Deutschland drauf steht, ist oft auch Deutschland drin. Am pakistanischen Stand: ein Nachbau des deutschen Sturmgewehres G3. Das Militär der Vereinigten Arabischen Emirate präsentiert hier stolz einen Fuchs-Panzer, made in Germany sowie ein Patrouillenboot, mit Kanone von Rheinmetall und Motor von MTU. Gepanzerte Fahrzeuge aus Saudi Arabien mit UNIMOG-Fahrgestell. Unter einer südafrikanischen Drohne eine ZEISS-Kamera. Und natürlich die saudischen G36-Sturmgewehre.

Am Stand von Dynamit Nobel wird den ganzen Tag das Zielen geübt, mit

einer Panzerfaust auf einen Bildschirm. Ein bisschen wie auf dem Jahrmarkt, wie hier die Jungs Schlange stehen – nur dass die Jungs hier alle Uniformen anhaben und aus allen Ecken der Welt kommen.

Bei Krauss Maffei Wegmann („Leopard’s Home“) gibt es natürlich den Leopard-Panzer zu besichtigen – ein Muss hier im arabischen Raum, wo doch gerade Verkäufe an Saudi Arabien und Katar verhandelt werden. Kleine Fußnote: Am Stand wird mir erzählt, dass der Leo aus Griechenland eingeflogen wurde, komplett mit zwei griechischen Soldaten – weil „angesichts der kritischen Debatte in Deutschland kein Bundeswehrosoldat herkommen wollte“....

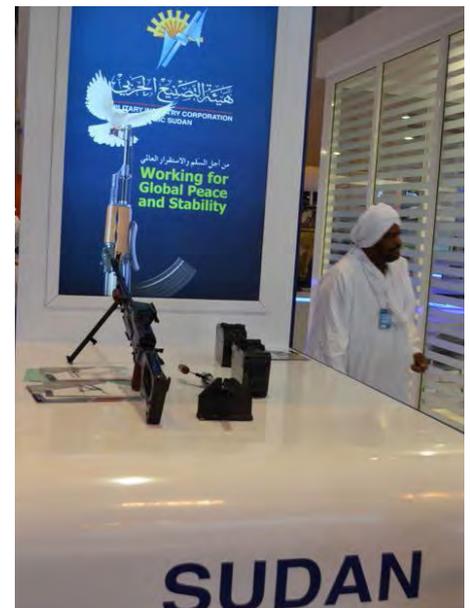


Fragt man bei den deutschen Ständen nach aktuellen Vertragsabschlüssen oder Erfolgen auf der Messe, gibt es nur eisiges Schweigen. Die Branche hasst die Öffentlichkeit – bei anderen Messen überbieten sich die Aussteller normalerweise mit Erfolgsmeldungen. Auch auf der IDEX sind andere Länder weniger zimperlich, die VAE vermelden bereits am zweiten Tag Vertragsabschlüsse in Höhe von über einer Milliarde. Die deutschen Aussteller wissen offenbar um die ganz breite Ablehnung von Waffenexporten in Deutschland und versuchen, unter dem Radar zu bleiben.



Auch im whitewashing sind die Deutschen ganz vorne mit dabei. EADS zum Beispiel, die mit verschiedenen militärischen Airbus-Modellen vertreten sind. In einem sind liebevoll niedliche weiße UN-Fahrzeuge platziert. Krauss Maffei präsentiert neben dem Leo ein Sanitätsfahrzeug. Alles nur humanitäre Hilfe. Nur der Sudan ist da noch offensiver und bewirbt das Sturmgewehr

mit einer Friedenstaube. Kein Witz. „Working for Global Peace and Security“ steht drunter.



Von da ist es nur noch ein kleiner Schritt zur phänomenalen Daily Show, einer Mischung aus Kriegskunst und Affentheater, das jeden Nachmittag hier aufgeführt wird – Krieg und Spiele mit größtmöglichem Aufwand. Panzer jagen über einen Parcours, eine Motorradstaffel macht Salti, eine Kampfgruppe im Schlauchboot ballert sinnlos in die Luft, dahinter Düsenjäger im Tiefflug, Fallschirmspringer, Abseilen aus dem Hubschrauber, Formationsflüge in den Landesfarben – und auf der Tribüne sitzen die finanzkräftigen Besucher und schauen sich an, was sie da gerade alles schönes gekauft haben.

Die Krönung und zugleich größtmögliche Annäherung an deutsche Verbrauchermessen: Ein gepanzertes Fahrzeug der südafrikanischen Firma Paramount, das Tarnmuster in Gold und Silber aufgetragen und mit netten Strass-Steinen besetzt. Aufgehübscht für den Verkauf. Kam hier als Fotomotiv fast so super an wie das Posing mit der G36.

Auffällig ist auch die große Bandbreite bei den Polizeiwaffen. Die Umbrüche in der arabischen Welt, die Demonstrationen, die brutale Niederschlagung von Aufständen, der Einmarsch der Saudis in Bahrain – auf der IDEX scheint all das noch nicht angekommen zu sein, die europäischen Firmen bieten hier brutalstmöglich ihre Unterstützung bei der Unterdrückung an. Mercedes Benz hat neben all ihren Militärfahrzeugen auch ein solides Polizeiauto dabei (Renault und eine

südafrikanische Firma übrigens auch), Rheinmetall verkauft Tränengasgranaten in verschiedenen Ausführungen, und eine obskure deutsche Firma bietet eine Schallkanone an, ein riesiges Ungetüm von Lastwagen, das eher an einen Wasserwerfer erinnert, mit großem Lautsprecher auf dem Dach – Taufname „Herbertzhorn“. Nach Aussage des Verkäufers („ehemaliger LKA-Beamter aus Hamburg“) ist der Schmerz einfach überwältigend, wenn der Apparat angeschmissen wird.



Die türkische Firma Otokar ist dagegen völlig schmerzfrei, sie präsentiert ihren Wasserwerfer mit großen Plakaten von Demonstrationen, bei denen ihre Produkte für Ordnung sorgen. Ein gängiges Argument hier: Ist doch besser, als wenn die gleich scharf schießen. So kann man sich die Welt auch schön reden, denn Beihilfe

zur Unterdrückung bleibt es, ob ich den Diktatoren nun militärische oder Polizeiwaffen verkaufe.



Eine echte Perle ist das hackingteam.org, eine italienische Firma, die Spionagesoftware an Regierungen verkauft. Der Sales-Manager für den Nahen Osten wollte mir nicht verraten, an wen genau, aber sie hätten das



Produkt seit 2004 bereits in über 40 Ländern verkauft. Damit können Telefone wie Laptops infiziert und alles mitgelesen bzw. abgehört werden. Es macht mich etwas unruhig, dass die eigens einen Sales Manager für den Nahen Osten haben.

Am Ende des Tages, beim Verlassen der Messe, werde ich wieder daran erinnert, dass das doch keine Messe wie jede andere ist. Wir werden wieder gescannt, wie beim reingehen. Soooo gern wollen die Emiratis dann die ganzen Waffen doch nicht auf ihren Straßen sehen.



20. Februar 2013

Jan van Aken

MdB für die Partei DIE LINKE

Direktkandidat des Bezirksverbandes Altona für die Bundestagswahlen am 22. September 2013

Mord in Paris... (Fortsetzung von Seite 4)

Schritt in den Ermittlungen gemacht. Dieser Mord wurde eigentlich vor den Augen der europäischen Geheimdienste ausgeführt, wie ein offenes Geheimnis. Weder türkische noch französische Seite hat Eile, die Wahrheit zu erklären. Für PKK und die meisten Kurden ist dies eine Fortsetzung der türkischen Vernichtungspolitik, die mit der Unterstützung oder zumindest Tolerierung der europäischen Staaten geführt werden konnte. Besonders die Kriminalisierung der kurdischen Befreiungsbewegung durch das PKK-Verbot in Europa schafft die Möglichkeit, einerseits den Weg zur solchen Ermordungen zu ebnet, andererseits die Mitverantwortung der NATO und europäischen Staaten für den Krieg gegen die Befreiungsbewegung zu verbergen.

Die türkische Regierung führt ihre Kampagne weiter. Es gebe keine kurdische Frage in der Türkei. Ein einziges Problem sei der Terrorismus. Dieser würde aber nun durch den Aufruf Öcalan beendet werden. Keine originale Erklärung von Öcalan kam raus, doch die regierungsnahen Presse verbreitete jeden Tag den gleichen „Lösungsplan“: Öcalan und mehr als zehntausend

politischen Gefangenen werden weiter inhaftiert bleiben. Die Guerillakämpfer werden die Waffen niederlegen und ins Ausland gehen. Somit werden Sicherheit und Brüderlichkeit in der Türkei herrschen. Niemand fragte sich: Wenn die Regierung demokratische Rechte der Kurden nicht anerkennt und die politischen Gefangenen nicht freilässt, warum sollen Öcalan und PKK diesen Schritt gehen?

Ende Februar hat eine dreiköpfige Delegation Öcalan besucht. Das Gesprächsprotokoll dieser Delegation wurde der Presse zugespielt und veröffentlicht. Wie der Pariser Mord, wird auch diese Veröffentlichung ein Angriff auf den „Prozess“ bezeichnet. Unabhängig davon ist es aber damit klar geworden, dass zurzeit keine Einigung zwischen dem Staat und Öcalan vorhanden ist, dass dieser Prozess -wenn von einem Prozess die Rede sein kann- nicht so einseitig ist, wie die Regierung darstellte. Nach diesem Besuch hat Öcalan durch die BDP- Politiker einen Brief an die PKK geschickt. Zurzeit diskutiert die PKK den von Öcalan vorgeschlagenen Friedensplan. Es wird erwartet, dass Öcalan beim Anlass von Newrozfest

einen Aufruf machen würde.

Es ist selbstverständlich wünschenswert, einen Friedensprozess begonnen zu haben. Die kurdische Bewegung hat ihr demokratisches Lösungskonzept vielfach dargestellt. Das Letztere kann auch grundsätzlich nicht anders sein. Die Regierung hat aber dagegen keine konkrete, offene Lösung. Sie hat die Frage bisher auch nicht beim Namen genannt. Mit einer nationalistisch-islamischen Rhetorik versucht die Regierung Herr der Lage zu werden. Aus verschiedenen Gründen (Generalwahlen, Präsidentschaftswahl und dafür Verfassungsänderung, Sackgasse in der Syrien-Politik) möchte die Regierung gerne den bewaffneten Konflikt mit Kurden aus der Welt schaffen.

Mord in Paris, ununterbrochene militärische Operationen und Luftangriffe gegen Guerilla und Gespräche mit Öcalan: Mit diesen unversöhnlichen Elementen in der gleichen Politik macht die Regierung die Lage für sich und für den Frieden schwer.

Irfan Cüre, Journalist und Mitglied der Partei DIE LINKE

SPD-Kürzungspolitik wirkt: Kein Bücherbus für Lurup

Weder die Stiftung Hamburger Bücherhallen, noch die Kulturbehörde sehen sich derzeit in der Lage eine weitere Bücherbushaltestelle am Luruper Eckhoffplatz oder aber ein Bücherbuskonzept für den gesamten Hamburger Westen anzubieten. Dies teilte Dr. Nikolas Hill – Staatsrat der Kulturbehörde – dem Vorsitzenden der Bezirksversammlung mit Schreiben vom 24. Februar 2013 mit. Die Bezirksversammlung Altona hatte der Kulturbehörde in ihrer Sitzung am 24. Januar 2013 u.a. einstimmig empfohlen, eine Bücherbushaltestelle vor dem Lurup Center am Eckhoffplatz einzurichten. Diese Empfehlung hat die Kulturbehörde nun abgelehnt (Drs.-Nr. XIX-2341). Zur Begründung führt Staatsrat Dr. Hill in seinem Schreiben vom 24. Februar 2013 aus: „Darüber hinaus sehen weder die Stiftung HÖB noch die Kulturbehörde schon angesichts der erheblichen, stetig steigenden Personalkosten einen finanziellen Spielraum, das bestehende Angebot um weitere Standorte zu erweitern. Dieses gilt sowohl für die Eröffnung neuer Stadtteilbibliotheken als auch für den Einsatz zusätzlicher Bücherbusse.“

geführte Finanzbehörde nicht gefolgt.



Aus Sicht der Altonaer LINKSFRAKTION ist der fehlende finanzielle Spielraum für ein zusätzliches Bücherbusangebot die Folge der Kürzungspolitik des SPD-Senats im kulturellen Bereich. Im derzeit geltenden Doppelhaushalt 2013/2014 wird der Personalkostenzuschuss der Stadt an die HÖB nicht in vollem Umfang an die tatsächlichen Tarifsteigerungen angepasst. Es wird lediglich eine pauschale Steigerungsrate von 0,88 % berücksichtigt. Die tatsächliche Steigerungsrate der Gehälter ist aber sehr viel höher, so dass von einer faktischen Kürzung der Personalmittel für die Bücherhallen auszugehen ist. Daher drohen jetzt eher Leistungseinschränkungen und Personalabbau bei den Hamburger Bücherhallen, als dass mit neuen zusätzlichen Angeboten zu rechnen ist. Die Altonaer LINKSFRAKTION hatte noch in der Oktober-Sitzung der Bezirksversammlung mit Unterstützung von GRÜNEN und CDU einen Beschluss durchgesetzt, die Finanzbehörde aufzufordern, den vollen Tarifausgleich beim Personalkostenzuschuss an die Hamburger Bücherhallen vorzusehen. Auch dieser Empfehlung ist die von Dr. Peter Tschentscher (SPD)

Aus Sicht der LINKEN treiben die Sozialdemokraten hier ein doppeltes Spiel: Vor Ort versprechen SPD-Politiker eine zusätzliche Bücherbushaltestelle und auf Landesebene setzt ein SPD-Finanzsenator die faktische Kürzung der Personalmittel für die Bücherhallen durch. Eine Aufteilung in gute Sozialdemokraten vor Ort und böse Sozialdemokraten im Senat gibt aus Sicht der LINKEN es nicht: Die Hamburger SPD muss sich insgesamt entscheiden, ob sie den Kulturbereich kaputtsparen will oder ob sie eine funktionierende soziale und kulturelle Infrastruktur für benachteiligte Stadtteile anbieten will. Die LINKE wird sich beständig dafür einsetzen, dass Lurup als einwohnerstärkster Stadtteil Altonas eine gute soziale und kulturelle Infrastruktur erhält.

Karsten Strasser

* Karsten Strasser ist seit Februar 2008 Bezirksabgeordneter und verkehrspolitischer Sprecher der Altonaer Linksfraction.

Mord in Paris, Bombardierung in den Bergen und Gespräch mit Öcalan



Nach dem erfolgreichen Massenhungerstreik der politischen Gefangenen in der Türkei wurde der Weg für Gespräche mit dem PKK-Führer Öcalan am Ende des Jahres 2012 wieder geöffnet. Der türkische Ministerpräsident Erdogan erklärte, dass nicht die Regierung aber der Staat – nämlich der Geheimdienst die Gespräche mit Öcalan führt, um den bewaffneten Konflikt völlig zu beenden. Am 3. Januar 2013 wurde einer Delegation von kurdischen Politikern erlaubt, Öcalan zu besuchen. Seit mehr als einem Jahr war ein Besuch immer wieder mit der sog. Begründung „Die Fähre sei defekt“ abgelehnt worden.

Sie ist für die Rechtsanwälte noch immer „defekt“, aber für die Delegation wurde ein Boot bereitgestellt. Öcalan hat durch diese Delegation erklärt, dass er noch einmal einen Vorschlag für eine demokratische Lösung machen und dafür eine neue Initiative starten möchte. Die Regierung hatte schon eine Kampagne gestartet: Die PKK-Guerilla wird das Land verlassen und damit würde der „Terror“ beendet sein. Ihr Slogan war „den Terrorismus bekämpfen, aber mit seinem Handlanger (nämlich legale kurdische Partei BDP) sprechen“.

Die Regierung stellte zwar kein Lösungskonzept, aber schaffte in der türkischen Öffentlichkeit wenigstens eine optimistische Atmosphäre. Das dauerte

nur eine Woche. Am 9. Januar wurden drei kurdischen Exil-Politikerinnen Sakine Cansiz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez hingerichtet. Sakine Cansiz war Mitbegründerin der PKK; die Anderen waren Verantwortliche in der Diplomatie und Jugend. Dieser Mord war ein großer Schlag gegen die PKK und auch das gesamte kurdische Volk. Millionen Menschen haben sowohl in Europa als auch in allen Teilen Kurdistans dagegen protestiert. Die Trauerfeier war eine der größten politischen Demonstrationen in letzter Zeit.

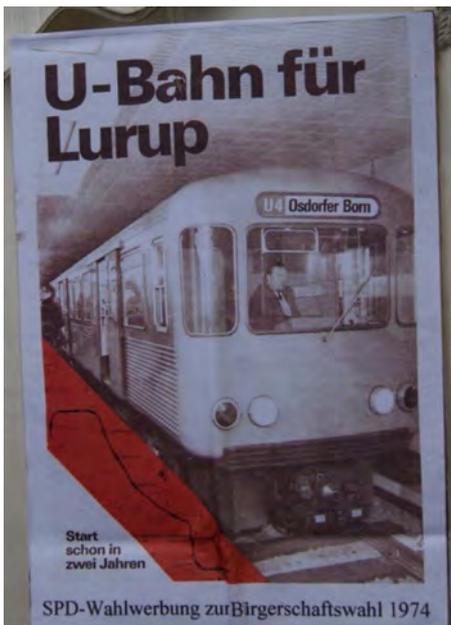
Der festgenommene Tatverdächtige ist ein faschistischer Türke, der Kontakt zum türkischen Geheimdienst hat. Obwohl mehr als zwei Monate vergangen sind, wurde kein konkreter

weiter auf Seite 10

Nahverkehrsanbindung des Osdorfer Borns – Eine endlose Geschichte...



Die Großsiedlung Osdorfer Born ist seit Jahrzehnten nicht ausreichend durch den Öffentlichen Personennahverkehr erschlossen. Bis heute fährt keine U-Bahn zum Osdorfer Born, wie es die SPD den Wählern in den 1970er Jahren noch versprochen hatte. Auch eine Stadtbahnanbindung des Borns ist nie realisiert worden. Zweimal scheiterte die Einführung der Stadtbahn, deren Streckennetz auch eine Anbindung des Borns beinhaltete, an fehlenden politischen Mehrheiten: Das 1997 durch den rot-grünen Senat auf den Weg gebrachte Stadtbahnprojekt wurde 2001 durch den CDU/Schill/FDP-Senat eingestampft. Der 2008 vom damaligen schwarz-grünen Senat erneut gestartete Versuch ein Stadtbahnnetz zu etablieren, scheiterte am Auseinanderbrechen dieser Koalition.



Trotz aller gescheiterten Versuche bleibt es sinnvoll, für politische Mehrheiten zu werben, den Osdorfer Born durch ein schienengebundenes Verkehrsmittel an die Hamburger Innenstadt anzubinden. In eine Streckenplanung sind die angrenzende Stadt Schenefeld (Kreis Pinneberg) sowie Lurup und Bahrenfeld mit einzubeziehen. Bis eine Schienenverkehrsanbindung politisch durchgesetzt werden kann, sollte das Busangebot für die Stadtteile Osdorfer Born, Lurup und Bahrenfeld deutlich verbessert werden. Leider trägt das 2011 vom SPD-Senat beschlossene Busbeschleunigungsprogramm nur wenig Positives dazu bei:

Busbeschleunigung – Eine Mogelpackung des SPD-Senats

Wer gehofft hatte, dass mit den rund 260 Millionen €, die in den nächsten Jahren stadtweit in die Beschleunigung des Linienbusverkehrs investiert werden, wenigstens ein paar sinnvolle Angebotsverbesserungen für den Osdorfer Born finanziert werden, wurde der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses am 18. Februar 2013 allerdings enttäuscht. Dort nämlich stellten Vertreter des Landesbetriebs Straßen Brücken und Gewässer (LSBG) ihre aktuellen Planungen zur angeblichen Beschleunigung der Metrobuslinie 3 (Kraftwerk Tiefstack – Schenefelder Platz) vor:



Geplant ist lediglich ein Umbau der Haltestellen Kressenweg, Immenbusch, Achtern Born und Böttcherkamp für geschätzte rund 100.000 € je Haltestelle. Die Busbuchten der Haltestellen Immenbusch, Achtern Born und Böttcherkamp werden zurückgebaut. Die Busse sollen künftig auf der Fahrbahn halten, dadurch entfällt jeweils der Zeitverlust für das Einfädeln auf die Fahrbahn. Für den Kfz-Verkehr soll aber die Möglichkeit geschaffen werden, an dem haltenden Bus vorbeizufahren. Diese Maßnahme bringt - wie die Vertreter des LSBG selbst einräumten - eine Beschleunigung, die sich nur im Sekundenbereich auswirkt. Dies als wirksame Beschleunigungsmaßnahme zu bezeichnen, ist schlicht Etikettenschwindel. Positiv ist immerhin anzumerken, dass mit dem Haltestellenumbau die Barrierefreiheit gefördert wird: In Haltestellenbereichen wird als Kantstein künftig der sog.

„Kasseler Sonderbord“ eingesetzt. Niederflerbusse können dann noch leichter einen bündigen Anschluss an den Kantstein finden. Der Einstieg in den Bus ist dann deutlich leichter, vor allem für Mobilitätsbehinderte und Kinder. Mit Busbeschleunigung hat dies aber nichts zu tun. Insgesamt ist das Busbeschleunigungsprogramm für den Osdorfer Born eine Mogelpackung des SPD-Senats, das keinerlei spürbare Verbesserungen mit sich bringt.

Rot-Grün stimmt gegen bessere Busanbindung des Osdorfer Borns

In der Bezirksversammlung fanden die Vorschläge der LINKSFRAKTION für eine bessere Busanbindung des Osdorfer Borns bislang keine Mehrheit. Rot-Grün will zwar die Umgestaltung der Straße „Bornheide“ endlich anpacken: Dazu legten die beiden mehrheitsbildenden Fraktionen in der Bezirksversammlung einen detaillierten Antrag „Die Bornheide endlich anpacken: Frischen Wind für eine angestaubte Straße“ (Drs.-Nr. XIX-2218) vor. Dies findet auch die Zustimmung der LINKSFRAKTION. SPD und GRÜNE legten zwar einen Eckpunktekatalog dafür vor, den Übergang vom Borncenter zum im Bau befindlichen neuen Bürgerhaus komplett nezugestalten, ein verbessertes Busangebot für den Osdorfer Born wollen sie aber nicht in ihr Konzept miteinbeziehen. Die LINKSFRAKTION beantragte (Drs.-Nr. XIX-2234): „Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation wird ferner gebeten, zeitnah ein Konzept zur Angebotsausweitung für die Buslinien 3, 21 und 37 insbesondere bezogen auf das Fahrplanangebot (z. B. Taktverdichtung der Buslinie 3 nach 18:00 Uhr), die Bedienung durch größere Fahrzeuge sowie die Abschaffung des Schnellbuszuschlags für die Buslinie 37 vorzulegen.“ Diese Ergänzung lehnte eine Mehrheit von SPD, GRÜNEN und FDP leider ab. Lediglich die CDU-Fraktion schloss sich dem Änderungsantrag der LINKEN an. So werden die Bewohnerinnen und Bewohner des Osdorfer Borns wohl noch weiter auf eine bessere Anbindung durch den Linienbusverkehr warten müssen...

Karsten Strasser

* Karsten Strasser ist seit Februar 2008 Bezirksabgeordneter und verkehrspolitischer Sprecher der Altonaer Linksfraktion.



Gegen Gewalt an Frauen

In Altona versammelten sich am 14.02. circa 600 Frauen, um gegen Gewalt an Frauen aufzustehen. Aufgerufen hatten unterschiedliche Frauenorganisationen, unter anderem SEHRAZAT – Frauen- und Kunstverein e.V. und das Bündnis Sozialistischer Frauen. Wir wollten gemeinsam unsere Solidarität und Kraft erleben. Gemeinsam und öffentlich haben wir getanzt, gesungen, getrommelt und Lärm gemacht. Die unterschiedlichen Frauengruppierungen hatten die Möglichkeit, auf die unterschiedlichen Gewaltformen aufmerksam zu machen. Anschließend zogen wir zur Sternschanze.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen und sexistische Unterdrückung sind in unserer patriarchalischen Kultur allgegenwärtig. Jede dritte Frau auf diesem Planeten ist schon einmal vergewaltigt oder geschlagen worden. „One Billion Rising“ ist eine weltweite Kampagne und wurde im September 2012 von der New Yorker Künstlerin und Feministin Eve Ensler ins Leben gerufen. Es muss generell gegen die Grundeinstellung, dass Gewalt gegen Frauen nicht Schlimmes ist, angegangen werden.



Während der Demonstration wurden unter anderem Fotos von den am 9. Januar 2013 in Paris ermordeten kurdischen Politikerinnen Sakine Canziz, Fidan Dogan und Leyla Saylemez hoch gehalten. „Die drei kurdischen Frauen sind, darauf deutet alles hin, Opfer eines politischen Mordes. Mitten in Europa wurden sie regelrecht hingerichtet. Die Auftraggeber wollen die Stimmen kämpfender Frauen zum Schweigen bringen. Die Ideen, die sie vertraten, die Kraft, die sie ausstrahlten, ihre organisatorisch-verbindenden Fähigkeiten sollen verschwinden und vergessen gemacht

werden. Das brutale Kalkül darf und wird jedoch nicht aufgehen!“, sagte Anita Friedetzky, Mitglied im Landesvorstand und im Bundesausschuss der Partei DIE LINKE. „Wir verurteilen den Mord aufs schärfste und verlangten die sofortige Aufklärung der genauen Umstände. Wir engagieren uns für eine Gesellschaft, in der das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Männern und Ethnien selbstverständlich sein wird.“

„Die Folgekosten von Männergewalt werden pro Jahr für die gesamte Bundesrepublik auf 14,5 Milliarden Euro geschätzt. Wenn wir uns diesen Betrag vergegenwärtigen, muten die 700.000 Euro, die der Senat jetzt für die fünf Hamburger Frauenhäuser bereit stellt, nicht sehr hoch an. (...) Die Auslastung der Frauenhäuser ist viel zu hoch – lediglich das diakonische Frauenhaus zeigt eine Quote von 83 Prozent auf, was für eine Noteinrichtung angemessen ist. Alle anderen liegen zwischen knapp 95 und 100 Prozent.(...) Auch der reale Bedarf ist höher, als Plätze zur Verfügung stehen. Wir sehen anhand der Zahlen auch, dass in 2011 insgesamt 184 Bewohnerinnen über sechs Monate, einige von ihnen sogar über zwei Jahre in einem der Frauenhäuser gelebt haben. Das sind 14 Prozent aller, die ein Frauenhaus in 2011 aufgesucht haben“, so die frauenpolitische Sprecherin Kersten Artus der Partei DIE LINKE.



Die Präventionsarbeit muss in diesen Bereichen dringend gestärkt werden, ebenso die Finanzierung von Frauenhäusern und Opferberatungsstellen. Wir bestimmen selbst, wie wir leben wollen. Unsere Körper, unsere Sexualität, unsere Gedanken und Gefühle gehören uns. Schluss mit Entrechtung und Diskriminierung! Wir wollen, dass Arbeit nach ihrem Nutzen für die Gesellschaft bewertet wird, Sorgearbeit muss gut bezahlt werden. Wir wollen gesellschaftliche Strukturen, die kinderfreundlich sind und ein Altern in Würde erleichtern.



Bildquelle: Radio Hamburg

Hildegard Heinemann, LISA-Sprecherin
Hamide Scheer, Mitglied im Bezirksvorstand Altona

Gute Gründe für die Wahl der LINKEN - 1



Am 22. September steht die Bundestagswahl an. DIE LINKE stellt sich zur Wahl. In den nächsten Ausgaben unserer Altonaer Linke Nachrichten möchten wir Sie und Euch von unseren politischen Positionen und Haltungen überzeugen. Heute beginnen wir mit der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und öffentlicher Unternehmen der Daseinsfürsorge. DIE LINKE unterscheidet sich deutlich vom Kartell der Austauschbaren im Bundestag. Wir machen Politik für die Menschen und nicht für Konzerne und Banken.

Öffentliche Dienstleistungen gehören in die öffentliche Hand

Die Versorgung der Menschen mit Wasser ist lebenswichtig. Wasser ist ein öffentliches Gut und darf keine Ware sein. Es muss für alle zugänglich und bezahlbar sein. In Europa haben ca. zwei Millionen Menschen keine angemessene Trink- und Abwasserversorgung. 900 Millionen Menschen sind weltweit ohne Zugang zum Wasser, zwei Milliarden Menschen leben ohne Abwassersysteme. Private Konzerne haben wenig Interesse an der umfassenden und preiswerten Versorgung der Menschen mit Wasser. Sie handeln allein und ausschließlich profitorientiert.



In London und Berlin zeigte sich schnell, was allen Kommunen droht, wenn privatkapitalistische Unternehmen die Wasserversorgung in ihren Händen halten. Sie investierten so wenig Mittel wie möglich in die Infrastruktur der Wasserversorgung und Wassergewinnung. Leitungen verrotten und Wasser versickerte in großen Mengen. Abwasser wurden unzurei-

chend geklärt und die Trinkqualität sank rapide. Mit der sinkenden Qualität wuchs auch die Gesundheitsgefährdung. Gleichzeitig stiegen die Kosten für die Wassernutzung in den Haushalten.

Nun sprachen sich die EU-Kommission und der Binnenmarktausschuss für eine „Liberalisierung der Wasserversorgung“ aus und schufen entsprechende Beschlussvorlagen. Grundsätzlich kann und soll die Vergabe von Konzessionen europaweit ausgeschrieben werden. Private Unternehmen sollen damit die Wasserversorgung der Menschen in ihre Hände nehmen. Die öffentliche Hand darf sich auch darum bewerben. Das Europaparlament wird noch im Frühling darüber abstimmen. Allein DIE LINKE stimmte mit ihrem Bündnis GUE/NGL (Vereinte Europäische Linke/ Nordische Grüne Linke) gegen dieses Vorhaben und wird dies auch im Europaparlament tun.

In Hamburg treten wir für den Verbleib von Hamburg – Wasser in öffentlicher Hand ein und wollen eine bessere Mitbestimmung, eine höhere Transparenz und eine wirksamere demokratische Kontrolle durch die Bevölkerung erkämpfen. Öffentliches Eigentum wurde bundesweit innerhalb von gut zwanzig Jahren in einem wahnwitzig hohen Umfang verkauft. Dazu gehören Krankenhäuser (in Hamburg der Verkauf des Landesbetriebs Krankenhäuser an Asklepios), Wohnungen, öffentliche Grundstücke, Stromerzeugung und Stromversorgung (in Hamburg der Verkauf der HEW an Vattenfall Europe), Verkehrsbetriebe, Wasserbetriebe, Pflegeeinrichtungen und einiges mehr. Privatisierung bedeutet in allen Fällen, dass die Menschen mehr zahlen müssen: für Bildung, Altersvorsorge, Strom, Wasser, Schwimmbadnutzung, Gesundheitsvorsorge, Medikamente u. s. w.

Nicht das öffentliche Allgemeinwohl steht im Vordergrund, sondern Geld und Vermögen. Wer reich ist, kann teilhaben und bestimmt, was läuft, und wer arm ist, bleibt außen vor. Die Grundlagen für eine gerechte und solidarische Gesellschaft werden unter anderem mit der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und der öffentlichen Daseinsvorsorge zerstört. DIE LINKE fordert stattdessen:

■ Öffentliche Dienstleistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben oder rekommunalisiert werden. Sie gehören demokratisch kontrolliert, alle Vorgänge müssen transparent sein und die demokratische Mitbestimmung der Be-

völkerung wie der Beschäftigten muss gewährleistet sein und ausgebaut werden. Wasser und andere Güter der Daseinsvorsorge sollen unverkäuflich sein.

■ Kein Privatisierungsvorhaben darf ohne Zustimmung durch einen Volksentscheid erfolgen.

■ Jede und jeder muss öffentliche Dienste und Einrichtungen nutzen können, egal wo man wohnt.

■ Öffentliche Dienstleistungen müssen für alle erschwinglich, diskriminierungs- und barrierefrei sein. Zumindest die Nutzung von Bildungs-, Kindertages- und Jugendhilfeeinrichtungen sollte kostenlos sein.

■ Öffentliche Dienstleistungen müssen einem hohen Umweltstandard gerecht werden.

■ Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen müssen sich am gesellschaftlichen Bedarf orientieren.



In Hamburg hat DIE LINKE am Zustandekommen des Volksentscheids „Unser Hamburg – unser Netz“ engagiert mitgewirkt. Wir werden nicht nachlassen und gemeinsam mit dem Bündnis für die Zustimmung für den Volksentscheid parallel zur Bundestagswahl werben. Die Umsetzung werden wir parlamentarisch wie außerparlamentarisch kritisch begleiten. Sollte der Volksentscheid von der Bevölkerung angenommen werden, werden wir umgehend daran gehen, einen Volksentscheid für die Rekommunalisierung der unter Ex – Bürgermeister Ole von Beust verscherten Krankenhäuser einzuleiten.

Volker Vödtsch, Sprecher des Bezirksverbandes Altona

Zweiklassenjustiz



Die kostenlose Prozesskostenhilfe für Menschen mit schwachem Einkommen ist eine soziale Errungenschaft, die 1981 von der damals regierenden sozialliberalen Koalition eingeführt wurde. Sie löste die bis dahin gültigen Bestimmungen des Armenrechts ab. Nun soll die Demontage erfolgen.

Die Merkel'sche Regierung legte dem Bundestag einen Änderungsentwurf der Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger zur Debatte vor. Danach sollen künftig alle Menschen mit einem Einkommen von mehr als 442,00 Euro die Prozesskostenhilfe nicht mehr erhalten. Stattdessen können sie ein Darlehen beantragen, das sie allerdings nach dem Rechtsstreit zurückzahlen müssen, sofern der Bundestag diese Regelung mehrheitlich beschließen sollte. Gleichzeitig werden die Gerichte mit dieser Regelung angehalten, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Antragsteller/-innen im umfangreicheren Maße als bisher zu prüfen, was wiederum nach Einschätzung von Juristen/-innen für Verzögerungen sorgen würde.

Viele Hilfebedürftige würden, derart abgeschreckt, gar nicht erst einen Antrag stellen. Außerdem würde sich kaum jemand wagen, sich ohne anwaltlichen Beistand vor Gericht zu begeben. Der Rechtsweg bliebe ihnen quasi verschlossen, um sich gegen erlebtes oder drohendes Unrecht zu wehren.

Frauen und Arbeitslose besonders betroffen

62 Prozent aller Prozesskostenhilfeanträge betreffen nach Auskunft des Deutschen Juristinnenbundes (djb) das Familienrecht, meist handele es sich um Unterhaltsfragen und Scheidungen. „Die beabsichtigte Reform wirkt sich auf die Rechte der beteiligten kostenarmen Menschen im Familienrecht besonders stark aus, vor allem für die bis heute finanziell schlechter verdienenden Frauen, die wegen der Kindererziehung nur Teilzeit arbeiten“, so der djb in seiner Stellungnahme am 22.06.2012.

Geringverdienende Menschen, Arbeitslose und Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld II würden vom Recht auf kostenlose Prozesskostenhilfe ausgegrenzt. 170.488 arbeitsrechtliche Klagen wurden zuletzt vor Sozialgerichten verhandelt. Meist ging es um Hartz IV, nämlich um ungerechte Sanktionen, falsche Berechnungen und zu geringe Wohnkostenzuschüsse.

In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es, dass infolge der vorgelegten Gesetzesänderung 126.000 von 630.000 Prozesskostenbewilligungen betroffen sein würden. Alle 16 Bundesländer würden insgesamt fast 500 Millionen Euro für die Prozesskostenhilfe aufwenden. Hier müsse gespart werden. Mit der Neuregelung ergäbe sich eine Ersparnis von 70 Millionen Euro, wohlgemerkt für 16 Bundesländer! Ein geradezu lächerlich geringer Betrag. Warum 16 Bundesländer sich nicht in der Lage sehen sollten, diesen Betrag zur Wahrung eines so elementaren Rechts aufzubringen, ist nicht nachvollziehbar. Eine Bauausgabensünde wie die Elbphilharmonie weniger und schon stünde dieser Betrag für ein gutes Dutzend Jahre zur Verfügung, für jährlich mehr als 120.000 hilfebedürftige Menschen. Noch in diesem Frühjahr wird der Bundestag endgültig darüber befinden. DIE LINKE sagt nein zur Gesetzesänderung, das Recht auf Prozesskostenhilfe darf nicht unterhöhlt werden!

Volker Vödisch

HARTZ-IV und Sozialberatung

Solidarität und Hilfe bei rechtlichen Problemen mit dem Jobcenter oder dem Sozialamt. Diese Ziele setzt sich die neue Hartz IV Sozial- und Rechtsberatung der LINKEN in Altona.

Die Organisatoren bieten den betroffenen Menschen im Bezirk Altona schnelle, unbürokratische und rechtlich fundierte Beratung an. Hierfür stehen ausgebildete SozialberaterInnen und fachkundige Rechtsanwälte zur Verfügung.

**Kostenlose Sprechstunde
Jeden 2. und 4. Freitag im Monat
von 15 bis 18 Uhr**

**im Büro des Bezirksverbandes DIE LINKE Altona
Am Felde 2 (Hinterhof), 22765 Hamburg
- beim Ottenser Marktplatz -**

In dringenden Fällen können Termine auch außerhalb der Sprechstunde unter 0177-457 17 26 vereinbart werden.

Der Bezirksvorstand Altona der LINKEN erklärt: „Es kommen Bürgerinnen und Bürger zu uns mit falschen Leistungsbescheiden, sie klagen über unzureichende Beratung, leiden unter rechtswidrigen Sanktionen oder Ihnen wird mit Zwangsumzügen gedroht. Mit unserem regelmäßigen Angebot einer Sozial- und Rechtsberatung wollen wir diese Menschen über ihre Rechte aufklären und sie dabei unterstützen, diese auch dem Jobcenter und anderen Behörden gegenüber einzufordern und durchzusetzen.“

Horst Schneider, Sozialberater und Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bezirk Altona erklärt: „Durch die Sparpolitik des SPD-Senats wurden und werden Gelder besonders in den Bereichen gekürzt, die den Menschen nutzen sollen, die von Armut betroffen sind. Es wird immer schwieriger für die sogenannten "sozial Schwachen" die Hilfe zu bekommen, die zur Durchsetzung ihrer Rechte nötig ist. Schon der Versuch, die Beratungs- und Prozesskostenhilfe so zusammenzustreichen, dass die Betroffenen sich selbst überlassen werden, zeigt, wie nötig es ist, diesen Menschen Unterstützung zu geben. Da es jedoch nicht nur darum geht die Hartz IV-Repression abzuschaffen, sondern in erster Linie darum, den Menschen vor Ort unmittelbar weiter zu helfen, haben wir die Möglichkeit einer kostenlosen Sozial- und Rechtsberatung geschaffen.“

Meinulf Krön, Rechtsanwalt und Experte im Sozialrecht, ergänzt: „Widerspruch lohnt sich in jedem Fall, da fast jeder 2. Widerspruch erfolgreich ist. Ob dieser Umstand an der permanenten Überlastung der Jobcenter-Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter, ihrer mangelhaften Ausbildung oder an der katastrophalen Gesetzeslage liegt, lassen wir einmal dahingestellt. Wichtig ist, dass die Betroffenen sich bei der LINKEN Unterstützung holen und Widerspruch oder Klage gegen rechtswidrige Bescheide, Sanktionen oder andere Zwangsmaßnahmen einlegen können.“

Kontakt: Beate Reiß, Sprecherin (0172-405 62 98)
Volker Vödisch, Sprecher (0157-724 511 70)

DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2, 22765 Hamburg
Telefon: 040-413 585 20
E-Mail: info@die-linke-altona.de
Internet: www.die-linke-altona.de

Ausbeuter und Despot



Das mittelständische Unternehmen Neupack produziert an den Standorten Rotenburg an der Wümme und Hamburg – Stellingen Verpackungsmaterial vornehmlich für die Lebensmittelindustrie. Eigner ist die Familie Krüger. Wer nun denkt, es handle sich bei Neupack um ein gemütliches Familienunternehmen mit Gespür für soziale Verantwortung, irrt gewaltig. Hier werden die rund 200 Beschäftigten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, regelrecht ausgebeutet.

Niedriglöhne, die Verweigerung eines Haustarifvertrages, die jahrelange Praxis, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen, die stete Behinderung der Betriebsratsarbeit, die Aufstellung einer Gegenliste für die Betriebsratswahl mit dem Unternehmer gefügigen Kandidaten/ -innen, Einschüchterung und ungleiche Löhne für gleiche Arbeit sind Stichworte für eine rücksichtslose Betriebsführung. Nach einer langen Zeit der Demütigung, der Existenzsorgen und der Erduldung sozialer Ungerechtigkeit beschlossen die Arbeiterinnen und Arbeiter, für höhere Löhne und einen Haustarifvertrag zu streiken.



Am 1. November nahmen sie den unbefristeten Streik auf. Seither lässt Krüger nichts unversucht, um den Streik zu brechen. Er stellte Leiharbeiter/ -innen als Streikbrecher/ -innen ein, versuchte die Streikenden zu kriminalisieren, sorgte für Erlasse auf einstweilige Verfügungen, sprach Kündigungen aus, stellte Sicherheitsleute ein, die sich provokant verhalten und Hunde zur Einschüchterung benutzen, und seine Angebote blieben gänzlich inakzeptabel. Krüger gebärdet sich als Hardliner und neoliberaler Klassenkämpfer, Demokratie ist, was er sagt, und den Sinn des Betriebsverfassungsgesetzes und die damit verbundenen Rechte der Erwerbstätigen tritt er mit Füßen.

Trotz Umsatzeinbußen und trotz des Verlustes wichtiger Kunden hält der Un-

ternehmer uneinsichtig an seiner Strategie fest. Dabei fordern die Beschäftigten nicht einmal das, was den von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie ausgehandelten Standardtarifen entsprechen würde. Der Firmeneigner bietet ihnen wiederum nur 8,50 pro Stunde an, für einige Beschäftigte sogar 30 Cent mehr. Bisher waren Löhne unter 8,00 Euro die Regel! Der niedrigste Tarif liegt in dieser Branche bei knapp mehr als 12,40 Euro die Stunde. Gute Gewinne erzielte Krüger also über viele Jahre auf dem Rücken der Beschäftigten und auf Kosten der Steuerzahler/ -innen. Denn viele Arbeiterinnen und Arbeiter müssen ihren Monatslohn mit Hartz IV aufstocken, um ihre Familien ernähren und die Mieten für ihren Wohnraum zahlen zu können.



Die Streikenden der Firma Neupack erfahren viel Solidarität aus der Bevölkerung, von Gruppen, Initiativen und Parteien. Auch Mitglieder und Abgeordnete der Linken sind häufig vor Ort, unterstützen, packen mit an und übergeben gesammelte Spenden. Die Fraktion der Linkspartei stellte in der Bürgerschaft mehrere Anfragen und hat nun einen Antrag eingereicht, in dem der Senat aufgefordert wird, umgehend auf der Bundesebene mehrere gesetzliche Initiativen einzubringen.

So soll künftig im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verboten werden, Leiharbeitskräfte in bestreikten Betrieben einzusetzen. Zuwiderhandlungen sollen hoch sanktioniert werden. Außerdem sollen mit einer Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes keine befristeten Einstellungen in Betrieben vorgenommen werden können, die gerade bestreikt werden. Die Agentur für Arbeit soll künftig keine Arbeitslose in Betriebe vermitteln, in den Arbeitskämpfe in Gange sind (Änderung des §36 Sozialgesetzbuch III). Der Antrag enthält noch weitere Forderungen, die eigentlich auch Bestandteil der Kämpfe von Gewerkschaften sein sollten.

Die IG BCE erwies sich bisher nur bedingt als verlässlicher Bündnispartner für die Streikenden bei Neupack.

Sie scheint nach Äußerungen von streikenden Beschäftigten nicht unbedingt für einen Haustarifvertrag einzutreten, sondern soll auch mit weniger Zufriedenheit sein. Im Januar gab die Gewerkschaft die Parole aus, vornehmlich mit flexiblen Streikaktionen zu agieren. Leider werden diese zentral und nicht gemeinsam mit der kämpfenden Belegschaft festgelegt und organisiert, was für viel Kritik am gewerkschaftlichen Vorgehen sorgte.

Die Gewerkschaft hegt und pflegt das Bild von der Sozialpartnerschaft: ArbeitnehmerInnen und Unternehmensspitzen sitzen in einem Boot und kooperieren auf Augenhöhe. Der Kapitalismus beruht jedoch auf den Besitz von Produktionsmitteln, handelt ausschließlich profitorientiert und will keineswegs ein Quell sozialer Errungenschaften sein. Höhere Löhne, gute Arbeitsbedingungen, tiefgreifende Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrechte sowie eine wirksame demokratische Kontrolle müssen erzwungen werden. Dazu wird eine Gewerkschaft gebraucht, die auf glaubwürdige und gefestigte Weise bedingungslos auf der Seite der Beschäftigten und Streikenden steht. Sie und nicht ausschließlich Funktionäre bilden das Wesen einer Gewerkschaft.



Der Ausgang des Arbeitskampfes bei Neupack wird bundesweit Bedeutung haben. Bei einem Misserfolg könnten das Problem der Niedrigentlohnung und die Unterdrückung von Rechten der Beschäftigten noch auf viele Jahre hinaus fortbestehen. Ein Erfolg würde jedoch die Motivation steigern und die Aussicht erhöhen, den Prozess der Entrechtung und der Ausbeutung von Tarifen umkehren zu können. Die Streikenden bei Neupack benötigen unsere und Ihre Solidarität.

Volker Vödisch

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Telefon: 040 - 41 35 85 20 (AB)
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2, 22765 Hamburg

Redaktion:

Volker Vödich, Irfan Cüre, Michael Zuther, Hasan Burgucuoglu,
Michael Sauer, Metin Kaya
V.i.s.d.P.: Die Linke. Altona, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Das nächste ALINA erscheint im Juni 2013,
Artikelabgabe / Redaktionsschluss 15.06.2013

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbands Altona findet jeden ersten Montag im Monat statt. Interessierte sind immer herzlich willkommen!

Nächster Termin am 15.04.2013 um 19:30 Uhr.
Weitere Termine: 06.05.2013 und 03.06.2013
Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen

Bezirksvorstandssitzung

Die Vorstandssitzung des Bezirksverbands Altona findet jeden dritten Montag im Monat statt. Vorstandssitzungen sind parteiöffentlich!

Nächster Termin am Montag, den 15.04.2013 um 19:30 Uhr
Weitere Termine: 20.05.2013 und 17.06.2013
Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen

Bezirksversammlung Altona

Die Bezirksversammlung Altona tagt jeden vierten Donnerstag im Monat. Bitte unterstützt unsere Fraktion zahlreich von der Zuschauertribüne aus!

Nächster Termin am 25.04.2013 um 18 Uhr.
Weitere Termine: 23.05.2013 und 27.06.2013
Ort: Rathaus Altona, Kollegiensaal – die Zuschauertribüne befindet sich 1 Stockwerk höher, die Tagesordnung liegt aus.

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg, Fachforum der Linken

Jeden zweiten Mittwoch im Monat ab 19:15 Uhr
Ort: Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Buceriusstraße 2 (am Domplatz)

Regelmäßige Termine

Stadtteilgruppen

Die Stadtteilgruppen treffen sich einmal im Monat. Interessierte sind immer herzlich willkommen! Kommt einfach zu den Treffen oder nehmt Kontakt zu den Ansprechpartnern auf.

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Fon: 040-200 54 67
Nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Marcel Bois, Mobil: 0174-2344114
Nächstes Treffen: Dienstag, den 23.04.2013 um 19:30 Uhr
Weitere Termine: 28.05.2013 und 25.06.2013
Ort: Bürgertreff Altona-Nord, Gefionstraße 3, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

(mit Groß-Flottbek und Othmarschen)
Anke Peters, Fon: 040- 890 25 87
Horst Schneider, Fon: 040-386 313 24
Nächstes Treffen am Mittwoch, den 03.04.2013 um 19:00 Uhr
Weitere Termine: 05.06.2013
Ort: Viva Cafelier, Paul-Dessau-Straße 4, 22761 Hamburg

Stadtteilgruppe Elbvororte

(Blankenese, Iserbrook, Nienstedten, Rissen, Sülldorf)
Karsten Strasser, Mobil: 0151-509 476 43
Anja Szibalski, Mobil: 0152-527 53 34
Nächstes Treffen am Dienstag, den 09.04.2013 um 19:30Uhr.
Weitere Termine: 14.05.2013 und 11.06.2012
Ort: Restaurant Blankenese, Schenefelder Landstr. 169, Iserbrook

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Susanne David, Mobil: 0151-11021504
Karsten Strasser, Mobil: 0151-509 476 43
Nächstes Treffen am Mittwoch, den 17.04.2013 um 19:30 Uhr;
Weitere Termine: 15.05.2013 und 19.06.2013
Ort: Stadtheilhaus Lurup, Lesecafe, Böverstland 38

Stadtteilgruppe Ottensen

Beate Reiß, Fon: 040-39 63 86
Nächstes Treffen am Montag, den 08.04.2013 um 19:00 Uhr
Weitere Termine: 13.05.2013 und 10.06.2013
Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen

Nachgedacht

In Altona gibt es den Titel
Geheimrat wieder



Der "geheime" Bauausschuss - Transparent und öffentlich?

Die Linken haben seit der ersten Sitzung im Mai 2008 ständig versucht, über Anträge die Geheimhaltung des Bauausschusses grundsätzlich aufzuheben. Nur über Transparenz lässt sich Korruption und Vorteilnahme verhindern. Alle Anträge sind von CDU, SPD, FDP und Grünen stets abgelehnt worden.

Die meisten Bauvorhaben wurden und werden nicht nach geltendem Baurecht verabschiedet, sondern mittels Sonderregelungen durchgewinkt. Teilweise unter krassem Verstoß gegen alle Regeln.

Nur eine Regel hatte oberste Priorität: Der Profit der Investoren.